

Erste Sitzung.

Geschehen, Frankfurt den 10. Januar 1822.

In Gegenwart

Von Seiten Oesterreichs: des Kaiserlich-Königlichen wirklichen Geheimen Raths, Herzog von Ruol-Schauenstein;

Von Seiten Preussens: des Königlich wirklichen geheimen Staats- und Cabin Ministers, Herrn Grafen von der Goltz;

Von Seiten Baierns: des Königlich wirklichen Herrn Staatsraths, Freiherrn v. Aret

Von Seiten Sachsens: des Königlich wirklichen Geheimen Raths, Herrn von Carlow

Von Seiten Hannovers: des Königlich Geheimen Raths, Herrn von Hammerste

Von Seiten Württembergs: des Königlich Herrn Staatsministers, Freiherrn Wangenheim;

Von Seiten Badens: des Großherzoglichen Herrn Bundestagsgesandten und Kammerherrn, Freiherrn von Blittersdorff;

Von Seiten Kurhessens: des Kurfürstlichen Geheimen Raths und Kammerherrn, Herrn von Lepel;

Von Seiten des Großherzogthums Hessen: des Großherzoglichen Geheimen Raths, Herrn von Harnier;

Von Seiten Dänemarks, wegen Holstein und Lauenburg: des Königlich-Dänischen geheimen Conferenzraths, Herrn Grafen von Eyben;

Von Seiten der Niederlande, wegen des Großherzogthums Luxemburg: Königlich-Niederländischen Generalleutenants, Herrn Grafen von Grünne;

Von Seiten der Großherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen Häuser: Großherzoglich- und Herzoglich-Sächsischen wirklichen Geheimen Raths, Herrn Grafen von Beust;

Von Seiten Braunschweigs und Nassau's: des Herzoglich-Nassauischen Herrn Staatsministers, Freiherrn von Marschall;
 Von Seiten von Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz: des Großherzoglich-Mecklenburg-Strelitzischen Staatsministers, Herrn von Penz;
 Von Seiten Holstein-Oldenburgs, Anhalts und Schwarzburgs: des Herzoglich-Holstein-Oldenburgischen Kammerherrn, Herrn von Both;
 Von Seiten von Hohenzollern, Liechtenstein, Reuß, Schaumburg-Lippe, Lippe und Waldeck: des Großherzoglich-Hessischen Herrn Geheimen Raths, Freiherrn von Leonhardi;
 Von Seiten der freien Städte, Lübeck, Frankfurt, Bremen und Hamburg: des Herrn Syndicus Dr. Danz;
 und meiner, des Kaiserlich-Oesterreichischen wirklichen Hofraths und Canzlei-Directors, Freiherrn von Handel.

§. 1.

Neue Vollmacht des Herrn Bundestagsgesandten, Grafen von Beust, für Sachsen-Meiningen.

Präsidium zeigt an: der Großherzoglich und Herzoglich-Sächsische Bundestagsgesandte und wirkliche Geheime Rath, Herr Graf von Beust, habe sich, nach erfolgtem Regierungs-Antritte des nunmehr großjährigen Herzogs zu Sachsen-Meiningen, mittelst neuer Vollmacht Sr. Durchlaucht des Herzogs Bernhard Erich Freund, d. d. Meiningen den 2. Januar 1822, legitimirt.

Die Vollmacht wurde verlesen und hierauf

b e s c h l o s s e n :

dieselbe in das Bundesarchiv zu hinterlegen und beglaubigte Abschrift hiervon dem Herrn Bundestagsgesandten Grafen von Beust zuzustellen.

§. 2.

Freiherrn R. von Martens Werk: «Manuel diplomatique ou précis des droits et des fonctions des Agens diplomatiques. 1822».

Präsidium: verliest ein Schreiben des Freiherrn R. von Martens zu Berlin, womit derselbe der hohen Bundesversammlung ein Werk übersendet, unter dem Titel:

« Manuel diplomatique ou précis des droits et des fonctions des Agents diplomatiques. 1822 ».

und nach dessen Antrage wurde

b e s c h l o s s e n :

dem Verfasser den Dank der Bundesversammlung dafür zu erkennen zu geben.

§. 3.

Alphabetisches Register über die Bundestagsverhandlungen v. 1. Dec. 1816 bis Ende 1821, von dem Legations-Secretär Adolph F. von Holzhausen.

(29. Sitz. §. 217 v. J. 1821.)

Präsidium: übergiebt hiernächst das von dem Legations-Secretär, Frhrn. von Holzhausen, in Folge Beschlusses vom 26. Juli v. J. bis Ende des erwähnten Jahres gesetzte alphabetische Register der Verhandlungen des deutschen Bundestages, und nach Antrage wurde hierauf

b e s c h l o s s e n :

den Herrn Bundestagsgesandten Freiherrn von Arctin zu ersuchen, sich der P. dieses Registers vor dessen Abdrucke gefälligst zu unterziehen.

§. 4.

Vertheilung einer Schuld des deutschen Großpriorats des Johanniters Ordens an das Haus Lindenlamm und Olfers zu Münster.

(22. Sitz. §. 161 v. J. 1821.)

Preussen. In Bezug auf die in der 22. vorjährigen Sitzung abgelegte Erklärung die Vertheilung der Johanniterordens-Schuld bei dem Handlungshause Lindenlamm und Olfers zu Münster betreffend, kann die Gesandtschaft nunmehr die nähere diesseitige Stimmung dahin erklären: daß, was

- 1) die auf die Commende Herford und Lage fallende Rate von 4,366 fl. Preussen wegen Herford, nach dem geschehenen Vorschlage, 1,000 fl. zahle; und wo
- 2) die Commenden Wesel und Borken betrifft, die Theilnahme der Preussischen Regierung und des Fürsten von Salm, mit Vorbehalt näherer Verhandlung, nach dem Verhältnisse von 10 zu 7 angesetzt werde, so daß der Fürst von Salm mit $\frac{7}{17}$ als Schuldner Wesel und Borken aufzuführen ist.

Ausserdem ist die Gesandtschaft noch angewiesen, den Wunsch baldiger und vollständiger Auseinandersetzung und Vereinigung zur Tilgung der gedachten Schuld von Seiten der preussischen Regierung auszudrücken.

Diese Erklärung wurde der Reclamations-Commission zugestellt.

D r i t t e S i ß u n g .

Geschehen, Frankfurt den 24. Januar 1822.

I n G e g e n w a r t

aller in der vorigen Sitzung Anwesenden.

Wieder hinzugekommen war:

von Seiten Dänemarks, wegen Holstein und Lauenburg: der Königlich-Dänisch-geheime Conferenzrath, Herr Graf von Eyben.

§. 30.

Beschwerde der Herzoglich-Anhalt-Röthenschen gegen die Königlich-Preussische Regierung, wegen widerrechtlicher Erhebung der Königlich-Preussischen Transito- und Verbrauch-Steuer auf der Elbe, auf Freigebung eines angehaltenen Schiffes, ohne Entrichtung der angeforderten Steuer.

(2. Sitz. §. 23 b. 3.)

Präsidium: wolle den Gesandtschaften, welche sich in der letzten Sitzung ihre Abstimmungen auf den neuesten Antrag der Herzoglich-Anhalt-Röthenschen Regierung (§. 23) vorbehalten hätten, mittelst Eröffnung des Protokolls Anlaß geben.

Hannover. Indem ich, in Beziehung auf meine vertrauliche Mittheilung über diesen Gegenstand, mich der Kaiserlich-Königlich-Oesterreichischen Abstimmung anschliesse, erlaube ich es mir, den nachstehenden Entwurf zum Beschlusse der hohen Bundesversammlung vorzulegen, dahin:

«daß die Bundesversammlung durch die von des Königs von Preussen Majestät geschehenen Ratification der Elbschiffahrtsacte nicht nur einen neuen Beweis von Allerhöchstdero wohlwollenden Gesinnungen gegen Ihre Nachbarstaaten, sondern auch die Ueberzeugung erhalten habe, daß dadurch der eigentliche Gegenstand der von den Herrn Herzogen zu Anhalt-Röthen erhobenen Beschwerde, zufolge der nunmehr von Seiner Durchlaucht selbst geschehenen Anzeige, völlig und endlich aufgehoben sei mithin die Frage, auf welchem verfassungsmäßigen Wege die Entscheidung der Hauptsache herbeigeführt werden solle? und damit auch der diesbezüglich verabredete Termin gänzlich hinwegfalle; in Hinsicht des von neuem geschehenen Antrags auf Schadenersatz aber, die Bundesversammlung sich der beruhigenden Hoffnung überlasse, werde dieser, von dem Hauptgegenstande und Antrage verschiedenartige, noch zur Zi-

ih quali et quanto nicht begründete und nicht erwiesene Anspruch in dem Wege der bereits eingeleiteten Unterhandlungen um so mehr seine Erledigung finden, als eines Theils die bislang in dieser Sache allein zur Entscheidung gestellte Frage auf denselben unanwendbar erscheine, und andern Theils der für die Hauptsache schon ausgedrückte Wunsch der Bundesversammlung für diesen Nebenpunct verstärkt eintreten müsse, um alle anderweitige verfassungsmäßige Einschreitungen der Bundesversammlung in dieser Sache zu entfernen ».

Württemberg. Der Herr Gesandte der funfzehnten Stimme hat in der zweiten Sitzung der Bundesversammlung vom 17. dieses Monats, im Auftrage Seiner Durchlaucht des Herrn Herzogs von Anhalt-Röthen, die Erklärung abgegeben:

daß, in Folge der von dem Königlich-Preussischen Cabinet vollzogenen Ratification der Elbschiffahrtsacte und der in der 33. Sitzung der Bundesversammlung v. 13. Dec. 1821 erklärten Freilassung des Friedheimischen Schiffes, es jetzt nur noch einer Ausgleichung über die Rückerstattung der, seit drei Jahren von Anhalt an Preussen bezahlten, beträchtlichen Verbrauchssteuern, und über den Ersatz des, den Anhaltischen Unterthanen durch Sperrung der Elbe überhaupt erwachsenen, bedeutenden Schadens bedürfe, um den Gegenstand der Anhalt-Röthenschen Beschwerde, in allen ihren Theilen, am Bundestage für erledigt zu erklären.

Mit dieser Erklärung verband der Herr Gesandte den Antrag:

den auf den 17. Jänner dieses Jahres festgesetzten Termin weiter auf acht Wochen hinauszusetzen und zu vertagen.

Hieraus folgt, daß die Herzoglich-Anhalt-Röthensche Regierung dermaßen den Hauptgegenstand ihrer in der dritten Sitzung der Bundesversammlung vom Jahre 1821 erhobenen Beschwerde zwar als erledigt ansieht, und nur noch eine Einleitung zur Entscheidung des dort vorbehaltenen Entschädigungspunctes in Ermangelung einer gütlichen Vereinbarung von der Bundesversammlung fordert, daß sie inzwischen fortwährend auch für diese Einleitung dasjenige Verfahren in Anspruch nimmt, welches von der Bundesversammlung in ihrer Sitzung vom 12. Juli vorigen Jahres beschloffen worden war, um eine Entscheidung der Hauptsache herbeizuführen. Witherin wird eine solche Einleitung zur Entscheidung des Entschädigungspunctes verlangt, welche immerhin die der Hauptsache in sich begreifen würde.

Die dem Antrage gegebene weitere Ausführung läßt keinen Zweifel darüber, daß derselbe ausdrücklich in der eben gedachten Beziehung zu der ihm vorangehenden Erklärung gemacht werden wollte; es wird sich daher vornehmlich davon handeln, ob der Antrag, wie er gestellt worden ist, mit dem in der Erklärung vorausgesetzten Standpuncte dieser Angelegenheit vereinbar und selbst dem Zwecke, der damit erreicht werden will, angemessen sey.

Anhalt hat in der dritten Sitzung vom Jahre 1821 darauf angetragen:

1) daß die widerrechtliche Erhebung der Königlich-Preussischen Transito- und Verbrauchssteuer auf der Elbe unverzüglich aufzuhören habe;

2) daß das dem Kaufmann Friedheim zu Rötten zugehörige Schiff, welches seit sei Monaten zu Mühlberg an der Elbe von Königlich-Preussischen Zollbeamten an der Fortsetzung seiner Reise behindert werde, ohne Entrichtung der abgeforderten Steuer frei gegeben werde.

Zugleich beehielt sich Anhalt in Ansehung der sowohl dem Eigenthümer dieses Schiffes und der Ladung für den verursachten Aufenthalt, als der Herzoglich-Anhalt-Röthenschen Regierung und ihren Untertanen überhaupt gebührenden Entschädigung, das Weitere vor.

In der Sitzung vom 12. Juli vorigen Jahres erklärte sich die Bundesversammlung kompetent in dieser Angelegenheit; da sich aber bei der Berathung ergeben hatte, daß Beschwerde Anhalts

wegen Erhebung der Königlich-Preussischen Transito- und Verbrauchssteuer auf Elbe, auch Freigebung eines angehaltenen Schiffes, auf verschiedenen, in der Bundesgesetzgebung begründeten Wegen ihrer Entscheidung zugesüß werden könne; so beschloß die Bundesversammlung, für's erste die Vorfrage in Gewißheit zu setzen:

auf welchem der verfassungsmäßigen Wege die Entscheidung der Hauptsache (das heisst nach dem Eingange des Bundesbeschlusses, die Entscheidung über die Erhebung Königlich-Preussischen Transito- und Verbrauchssteuer und die Freigebung des angehaltenen Schiffes) herbeigeführt werden solle?

Jene Vorfrage ist lediglich durch den speciellen Fall der Anhaltischen Beschwerde herbeigeführt worden; und in Beziehung auf diese Beschwerde, und um ihre Entscheidung herbeizuführen, nicht etwa im Zwecke einer abstracten Erörterung, die Bundesversammlung dieselbe aufgestellt und ihre Festsetzung beschlossen. Die Bundesversammlung sah mithin die Festsetzung der Vorfrage als eine durch die Umstände hergeführte Vorbedingung an, um die in ihrer Competenz liegende Befugniß und Verpflichtung, die Beschwerde selbst zur Entscheidung zu bringen, erfüllen zu können.

Diese Befugniß und Verpflichtung fällt inzwischen in dem gegebenen Falle weg, wie die Erhebung der Königlich-Preussischen Transito- und Verbrauchssteuer und die Behinderung des Schiffes in Fortsetzung seiner Fahrt, wodurch die Beschwerde veranlaßt wurde, aufgehört haben, weil damit die Beschwerde, welche für's erste nur jenen Gegenstand hatte, von selbst erledigt ist. Wenn aber eine Entscheidung über die Beschwerde sich nicht mehr pläzgreifend ist, so kann auch die über die Vorfrage nicht mehr eintreten, da diese nur um deswillen beschlossen worden war, um jene herbeizuführen zu können.